
Anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Rates der EKD hat sich Nikolaus Schneider auch zu den Staatsleistungen und ihrer Ablösung geäußert.

„Staatsleistungen sind kein Almosen“

Im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung spricht der amtierende EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider über das Christentum in Deutschland, Multikulti, Atomkraft und die „Restlaufzeit der Kirche“ sowie das Verhältnis zum Staat.

06. November 2010

[...]

Im Jahr 2010 haben sich in den Beziehungen der Kirchen zu den Parteien Verschiebungen ereignet, die für Sie bedenklich sein müssten: In der SPD formieren sich Laizisten, Grüne fordern die Entfernung religiöser Symbole, und FDP-Generalsekretär Christian Lindner hat sich jüngst gegen die Staatsleistungen für die Kirchen gewendet.

In allen drei Fällen handelt es sich um Einzelstimmen, nicht um die Parteilinie. Es ist doch bemerkenswert, dass die Parteiführung der SPD sich sehr kritisch gegenüber den Laizisten in den eigenen Reihen geäußert hat. Dass über öffentliche Symbole nachgedacht wird, finde ich gut! Ich habe mich hier in Düsseldorf für Kreuze in Gerichten starkgemacht. Denn es signalisiert dem Richter, dass im Gerichtssaal nicht das letzte Wort über einen Menschen gesprochen wird und zwischen einem Menschen und seiner Tat zu unterscheiden ist.

Wie wollen Sie die Staatsleistungen verteidigen?

Gar nicht. Wir müssen das nicht. Staatsleistungen sind kein Almosen. Zuerst hat nicht der Staat, sondern haben die Kirchen geleistet: Sie wurden faktisch enteignet. Die Staatsleistungen sind Gegenleistungen und mitnichten eine Großherzigkeit des Staates. Sie sind gesetzlich und vertraglich geregelt. Sie einseitig ändern geht nicht. Die im Grundgesetz vorgesehene Ablösung wird nicht an uns scheitern - darüber können wir gerne reden, wir sind gesprächsbereit.

[...]